

An die Mitglieder
- der Gemeindevertretung
- des Gemeindevorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren!

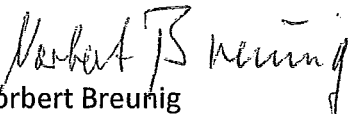
Zur **19. Sitzung der Gemeindevertretung** lade ich Sie hiermit ein auf:

**M o n t a g , den 25. Februar 2013, 20.00 Uhr,
in das Gemeinschaftshaus Breitenborn.**

Tagesordnung:

1. Mitteilungen des Gemeindevorstandes und Anfragen hierzu.
2. Haushalt 2013
Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 mit Anlagen.
3. Erhalt des Lebensmittelladens in Mittel-Gründau (Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2013).
4. Beratung und Beschlussfassung über die Verabschiedung einer Resolution „Keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung im Rahmen der geplanten EU-Konzessionsrichtlinie“ (Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2013).
5. Beratung und Beschlussfassung über die Erstellung eines Leerstandskatasters
 - a) Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2013
 - b) Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2013
6. Anfrage n.

Mit freundlichen Grüßen


Norbert Breunig
Vorsitzender

Anlagen: Beschlussvorlagen
 Niederschrift der 18. Sitzung

Fraktionssitzungen:

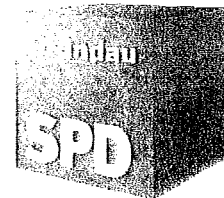
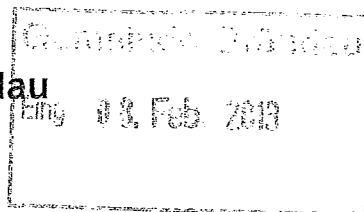
SPD:	Dienstag,	19.02.2013,	19.00 Uhr,	Guttschänke Hühnerhof, Gettenbach
CDU:	Dienstag,	19.02.2013,	20.00 Uhr,	Vereinsheim „Harmonie“, Lieblos
FWG.	Dienstag,	19.02.2013,	20.00 Uhr,	Rathaus

19. Gemeindevertretersitzung am 25.02.2013

TOP 2 Haushalt 2013 Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 mit Anlagen

1. Der Gemeindevorstand hat den Entwurf der Haushaltssatzung 2013 in seiner Sitzung am 14.01.2013 festgestellt.
2. Die Beratungsunterlagen (Haushaltsentwurf) werden in der Sitzung übergeben.
3. Bürgermeister Merz wird in seiner Haushaltsrede den neuen Haushalt vorstellen und auf die darin enthaltenen Investitionen eingehen.
4. Gemäß § 97 HGO ist der Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen vor der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung im Finanzausschuss zu behandeln.
Die Ortsbeiräte sind gemäß § 82 Abs. 3 HGO „zum Entwurf des Haushaltsplans“ zu hören.
5. Der Finanzplan wird der Gemeindevertretung gem. § 101 HGO lediglich zur Unterrichtung vorgelegt.

SPD-Fraktion
in der Gemeindevertretung Gründau



SPD-Fraktion, Dr. Jürgen Schubert, Im Wagnersgrund 12, 63584 Gründau

08. Feb. 2013

Herrn Norbert Breunig
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Gemeinde Gründau

19. Gemeindevertretersitzung 25.02.2013
Vorlage zu TOP 3
Beratung und Beschlussfassung über den
Erhalt des Lebensmittelladens in Mittel-
Gründau

Antrag „Erhalt des Lebensmittelladens in Mittel-Gründau“

Sehr geehrter Herr Breunig,

zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung bitten wir Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen:

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, mit dem Inhaber des Lebensmittelladens in Mittel-Gründau in Kontakt zu treten und Möglichkeiten zu finden, wie die Gemeinde ihn beim Erhalt des Ladens unterstützen kann.

Begründung:

Der Lebensmittelladen ist der einzige in Mittel-Gründau und wird vor allem von Senioren frequentiert. Der Kundenstamm ist zu gering, um die Kosten für den Betrieb des Ladens zu decken. Der Inhaber will daher den Laden Ende März 2013 schließen. Damit würde in einem weiteren Ortsteil Gründaus die wohnortnahe Lebensmittelversorgung wegbrechen. Die SPD-Fraktion hält es für eine Aufgabe der Gemeinde, eine Versorgungssicherheit vor Ort in den Ortsteilen zu gewährleisten, wenn es auf anderen Wegen nicht mehr funktioniert.

Die Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Dr. Jürgen Schubert
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion

in der Gemeindevertretung Gründau

19. Gemeindevertreterversammlung am 25.02.2013



Vorlage zu TOP 4

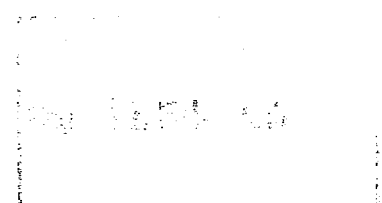
Beratung und Beschlussfassung über die Verabschiedung einer Resolution "Keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung im Rahmen der geplanten EU-Konzessionsrichtlinie"

SPD-Fraktion, Dr. Jürgen Schubert, Im Wagnersgrund 12, 63584 Gründau

08. Feb. 2013

Herrn Norbert Breunig
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Gemeinde Gründau



Resolution „Keine Privatisierung des Trinkwassers“

Sehr geehrter Herr Breunig,

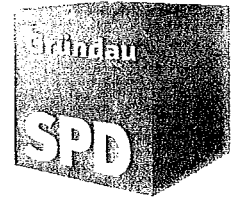
zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung bitten wir Sie, folgende Resolution auf die Tagesordnung zu nehmen:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Die Gemeindevertretung setzt sich seit langem uneingeschränkt für die bestmögliche Qualität des Roh- und Trinkwassers ein. Insofern kritisiert die Gemeindevertretung, dass es bisher im europäischen Gesetzgebungsverfahren nicht gelungen ist, die kommunale Wasserversorgung dauerhaft aus dem Anwendungsbereich der geplanten EU-Konzessionsrichtlinie herauszunehmen und so zu verhindern, dass die Versorgung mit dem Lebensmittel Trinkwasser dem profitorientierten Wettbewerb privater Konzerne geöffnet wird. Es darf aber keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung geben, denn gesundes und qualitativ hochwertiges Trinkwasser ist Existenzgrundlage und darf nicht zum bloßen Handelsgut verkommen.

Die Gemeindevertretung appelliert deshalb eindringlich an die deutschen Beteiligten am weiteren Gesetzgebungsverfahren – Europaabgeordnete wie Bundes- und Landesregierungen – die von den Kommunen verantwortete Versorgung mit hochwertigem und preiswertem Trinkwasser als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge unbefristet sicherzustellen. Sie begrüßt ausdrücklich die Zielrichtung der Initiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ gegen die EU-Konzessionsrichtlinie, mit der engagierte Bürgerinnen und Bürger mittels des neuen Instruments Europäische Bürgerinitiative und mindestens einer Million Unterschriften das Vorhaben der EU verhindern wollen.

SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung Gründau



Begründung:

Es besteht keine Notwendigkeit, bewährte Formen guter und bezahlbarer Wasserversorgung der kommunalen Daseinsvorsorge zu entziehen und das Lebensmittel Trinkwasser zum Nachteil der Verbraucher als beliebige Handelsware dem Gewinnstreben privater Wirtschaftsunternehmen zu überlassen.

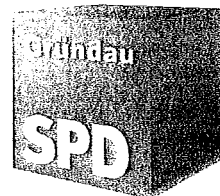
Dem widerspricht der im federführenden Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments am 24. Januar 2013 beschlossene faule Kompromiss, die Wasserversorgung lediglich bis 2020 zeitlich begrenzt aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie zu nehmen – und auch nur dann, wenn sie zu 100 Prozent in öffentlicher Hand ist.

Es gilt deshalb, parteiübergreifend die Vertretung der deutschen Verbraucherinteressen in Brüssel, Straßburg und Berlin zu bündeln und zu verstärken, um im Europäischen Parlament wie im EU-Ministerrat, als den beiden Gesetzgebern, doch noch eine für Verbraucher wie Kommunen akzeptable Regelung zu erreichen.

Dr. Jürgen Schubert
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion

in der Gemeindevertretung Gründau



19. Gemeindevertreterversammlung am 25.02.2013

Vorlage zu TOP 5 a)

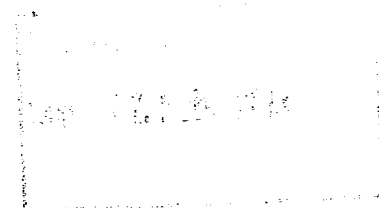
Beratung und Beschlussfassung über die Erstellung eines
Leerstandskatasters

SPD-Fraktion, Dr. Jürgen Schubert, Im Wagnersgrund 12, 63584 Gründau

08. Feb. 2013

Herrn Norbert Breunig
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Gemeinde Gründau



Antrag „Leerstandskataster“

Sehr geehrter Herr Breunig,

zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung bitten wir Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, der Gemeindevertretung ein Leerstandskataster für alle sieben Ortsteile vorzulegen. In diesem Kataster sollen alle teilweise oder komplett leer stehenden Gebäude und freie Grundstücke in den Ortskernen (siehe Anhang) aufgeführt werden.

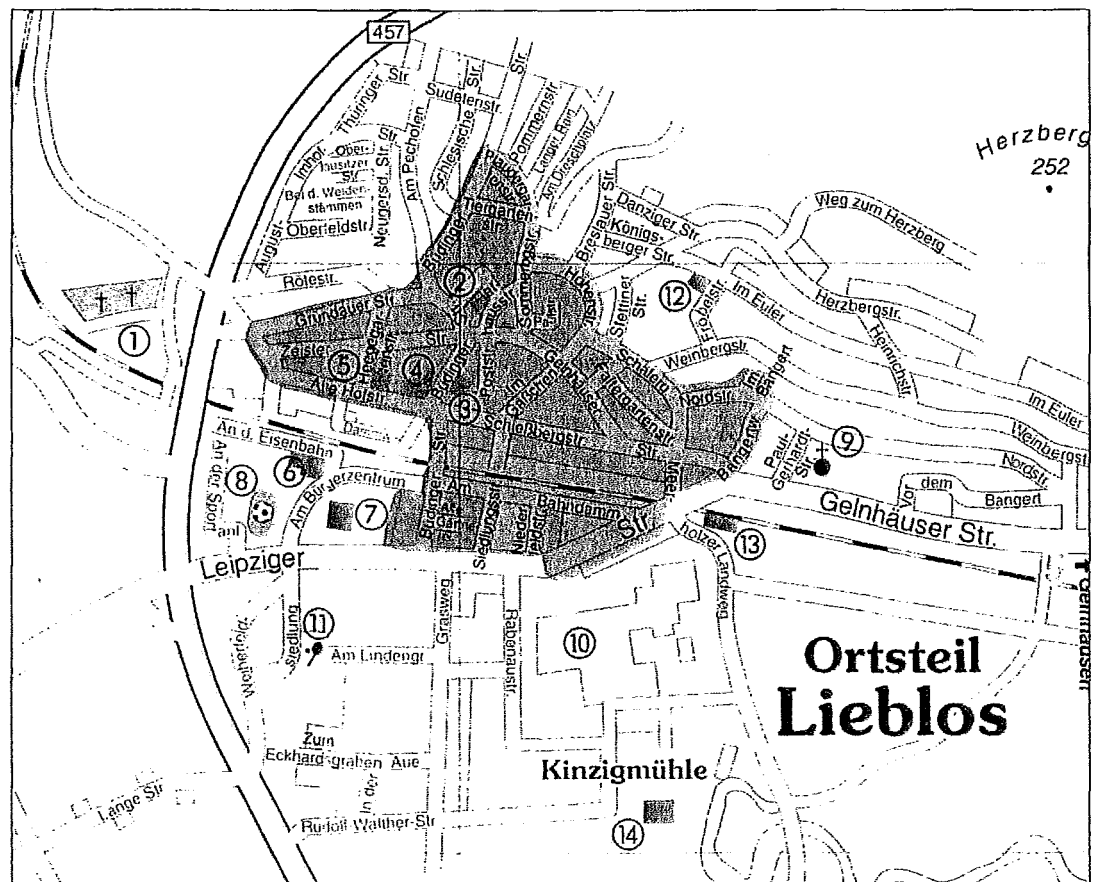
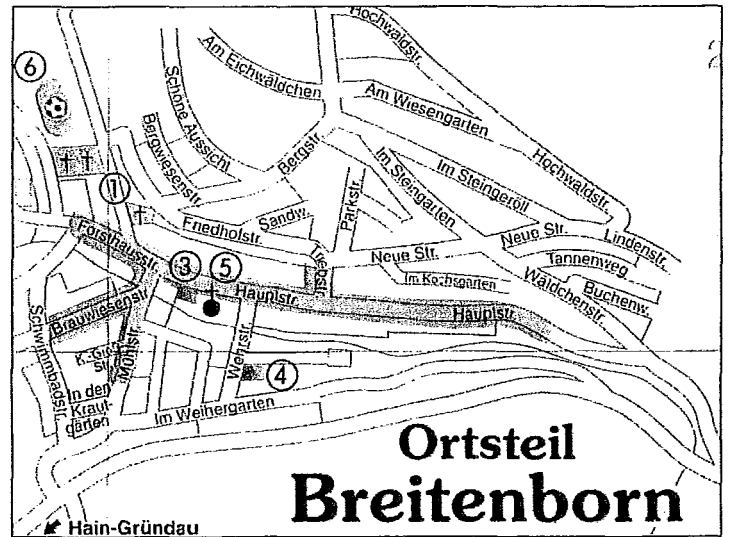
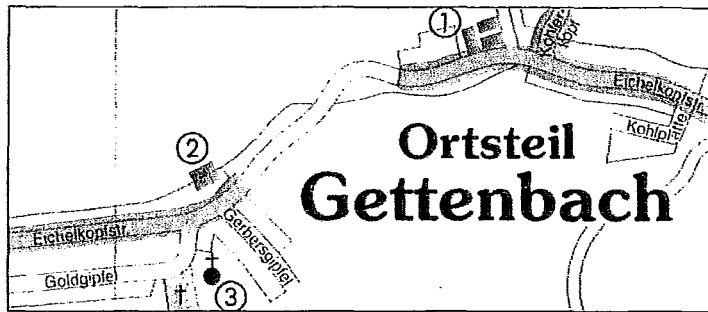
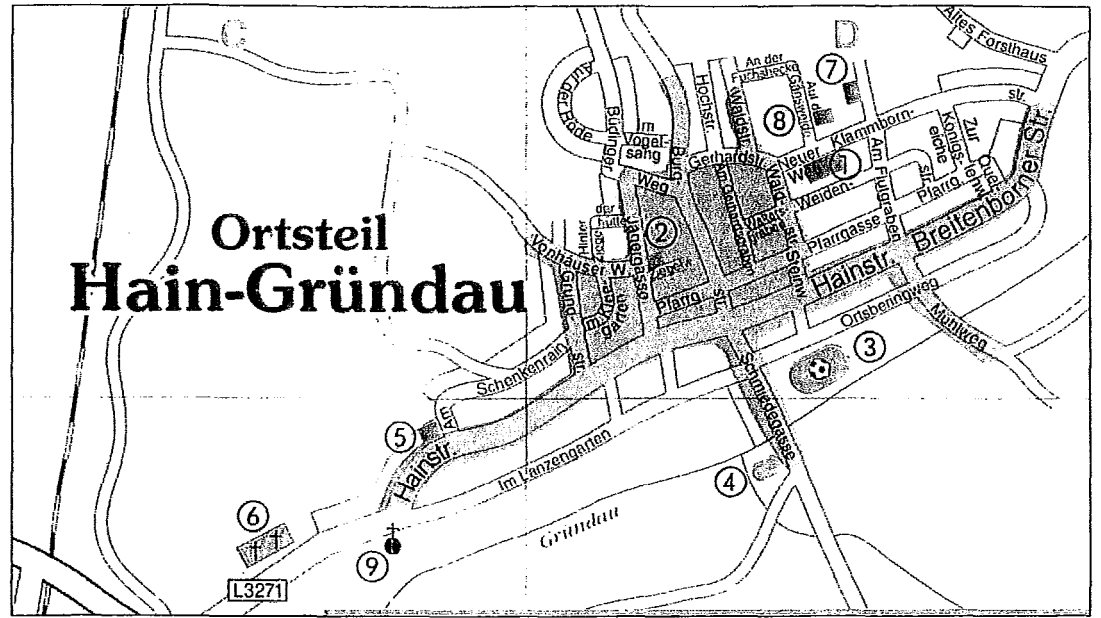
Begründung:


Derzeit laufen die Ortskerne Gefahr, auszudünnen und ihre Zentrumsfunktion zu verlieren - durch die Verlagerung der Wohngebiete an die Ortsränder und die immer stärker fortschreitende Konzentration des Einzelhandels in einige wenige Ortsteile. Eine Planung auch in den Ortskernen, die Ausweisung von Sanierungsflächen und einer ordnende Neugestaltung der Dorfmitten ist eine Zukunftsaufgabe in unserer Gemeinde. Das Leerstandskataster soll die Grundlage für den Aufbau eines Flächenmanagements sein.

Die Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Dr. Jürgen Schubert
Fraktionsvorsitzender

1. Ortsteil
 2. Ortsteil
 3. Ortsteil
 4. Ortsteil
 5. Ortsteil
 6. Ortsteil
 7. Ortsteil
 8. Ortsteil
 9. Ortsteil
 10. Ortsteil
 11. Ortsteil
 12. Ortsteil
 13. Ortsteil
 14. Ortsteil



 = Förderbereiche

**CDU-Fraktion
in der Gemeindevertretung Gründau**

19. Gemeindevertretersitzung am 25.02.2013

Vorlage zu TOP 5 b)

**Beratung und Beschlussfassung über die
Erstellung eines Leerstandskatasters**

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
Herrn Norbert Breunig

Gründau, den 12.02.2013

Antrag der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Breunig,

die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung:

Der Gemeindevorstand wird, beauftragt ein Leerstandskataster für die Gründauer Ortsteile zu erstellen und hierbei sowohl den Leerstand von Häusern als auch von bebaubaren Freiflächen in den Ortslagen zu ermitteln.

Begründung:

Vorausschauendes Flächenmanagement bildet eine Zukunftsaufgabe für die Kommunen. Hierbei gilt es, Potenziale in brachliegenden innerörtlichen Flächen und Leerstand von Häusern zu erfassen und sichtbar zu machen.

Hierzu steht der Gemeinde Gründau eine kostenfreie Flächenmanagement-Datenbank des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung zur Verfügung, die in der Gemeinde Weilrod und der Stadt Lauterbach bereits erfolgreich getestet wurden.

Das Instrumentarium dient dazu, die verschiedenen Innenentwicklungspotenziale zu erfassen und bietet eine Grundlage für den Aufbau einer Grundstücksbörse.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.


Johannes Heger
Fraktionsvorsitzender